

Appell an die neue Bundesregierung:

Für eine sozial-ökologische öffentliche Beschaffung in Deutschland!

Die öffentliche Hand gibt in Deutschland ca. 360 Milliarden € jährlich für die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen aus. Die sozialen und ökologischen Folgen des öffentlichen Einkaufs in den Produktionsketten bleiben außer Betracht, solange das entscheidende Kriterium das billigste Angebot ist.

Steine aus Kinderarbeit auf öffentlichen Plätzen? Behörden-Computer, deren Produktion die Umwelt vergiften? Polizeiuniformen, die unter Verletzung von Menschenrechten hergestellt werden? Seit Jahren weisen zivilgesellschaftliche Organisationen auf gravierende Verletzungen von Umwelt- und Sozialstandards bei der Herstellung von Produkten und der Erbringung von Dienstleistungen hin, die auch von der öffentlichen Hand gekauft werden.

Die Reform des deutschen Vergaberechts vom Februar 2009 hat nun größere Spielräume geschaffen, um soziale und ökologische Anforderungen rechtssicher in öffentliche Ausschreibungen zu integrieren – ein wichtiger Schritt für den Umwelt- und Klimaschutz und eine soziale Gestaltung der Globalisierung. Damit die neuen rechtlichen Möglichkeiten auch ausgeschöpft werden, ist die politische Initiative der Bundesregierung gefordert.

Die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen fordern deshalb von der neuen Bundesregierung, einen Aktionsplan sozial-ökologische Beschaffung zu entwickeln und umzusetzen. Das Netzwerk für Unternehmensverantwortung CorA (Corporate Accountability) hat einen detaillierten Vorschlag für solch einen Aktionsplan vorgelegt. Damit soll eine flächendeckende Umstellung der Vergabepaxis im Sinne umweltpolitischer, sozialer, menschenrechtlicher und entwicklungspolitischer Zielsetzungen angestrebt werden. Die neue Bundesregierung soll vor allem:

- 1. Klare Kriterien entwickeln**

Präzise Kriterien für jede Produktgruppe erleichtern die Umsetzung sozial-ökologischer Beschaffung für Beschaffungsstellen in Kommunen, Ländern und im Bund.

- 2. Unterstützung durch eine Servicestelle leisten**

Beschaffungsstellen benötigen Hilfestellung für die Gestaltung von Ausschreibungen. Außerdem müssen die Fortschritte dokumentiert, gute Beispiele transportiert und die Einhaltung der geforderten Kriterien überprüft werden. Für diese Aufgaben sollte eine zentrale Servicestelle für sozial-ökologische Beschaffung eingerichtet werden.

- 3. Mit gutem Beispiel voran gehen**

Die Einkaufspraxis des Bundes muss Vorbild für lokale Beschaffungsstellen und Privatkonsument/innen werden. Dazu sollten bis 2014 50% und bis 2018 100% aller öffentlichen Aufträge auf Bundesebene die Einhaltung sozial-ökologischer Kriterien vorschreiben.

Die Umsetzung eines derartigen Aktionsplans wird ein Maßstab dafür sein, ob die neue Bundesregierung die von anderen geforderte gesellschaftliche Verantwortung auch bei der eigenen Beschaffung übernimmt.

Dieser Appell wird unterstützt durch:

